



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Zamperl und Co. sind keine Weihnachtsgeschenke:
Aufklärungskampagne gegen Tiere unterm Weihnachtsbaum und mehr
Unterstützung für die bayerischen Tierheime**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die im Haushaltsplan 2024/2025 beschlossene Kürzung im Tierschutz die ohnehin chronisch überlasteten Tierheime an ihre Grenzen gebracht hat, zumal diese Staatsaufgaben übernehmen. Gerade im Hinblick auf zu Weihnachten verschenkte Tiere und die damit direkt zusammenhängende Tierheimüberlastung im kommenden Sommer müssen Tierheime in Bayern besser ausgestattet werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

- die Tierheime in Bayern besser zu unterstützen,
- im Nachtragshaushaltsplan die Mittel der Tierheime deutlich aufzustocken,
- mithilfe einer staatlichen Kampagne dafür Sorge zu tragen, dass an Weihnachten keine Tiere verschenkt werden.

Begründung:

Jedes Jahr zu Weihnachten verhallen Warnungen von Tierschutzvereinen ungehört: In zahlreichen Haushalten sitzt der zuvor ersehnte Hund mit Schleife als Geschenk unter dem Weihnachtsbaum. Das ist rund um die Feiertage nicht nur großer Stress für die Tiere. Schon nach wenigen Wochen, spätestens zum nächsten Urlaub wird der Familie oftmals klar: Ein Tier ist eine große Aufgabe – man kann es nicht einfach umtauschen, wenn es lästig wird. So enden viele der Weihnachtsgeschenke am Ende im Tierheim. Diese sind jedes Jahr pünktlich zu den Sommerferien völlig überlastet.

Dass die Staatsregierung im letzten Doppelhaushalt die Mittel für die Tierheime gekürzt hat, war ein Affront gegenüber den Tierheimen und den Tierschützern, die sich dort engagieren. Die Tierheime in Bayern sind seit Jahren chronisch überlastet. Es braucht mehr Investitionen in die Schaffung neuer, tierschutzgerechter Unterbringungsmöglichkeiten sowie energetischer Sanierungs- respektive Modernisierungsmaßnahmen. Allein durch private Spenden und Mitgliedsbeiträge kann dieser Investitionsstau nicht bewältigt werden. Der Freistaat steht in der Pflicht, entsprechend des in der Bayerischen Verfassung verankerten Staatsziels Tierschutz im Sinne des Tierwohls zu handeln.

Um zu verhindern, dass Tiere zu Weihnachten verschenkt werden und dann später im Tierheim landen, soll die Staatsregierung eine umfangreiche Aufklärungskampagne mit Fokus auf die sozialen Medien entwickeln.